WVM WirtschaftsVereinigung Metalle

europa aktuell

Nr. 5 · Oktober 2013 / online unter www.wvmetalle.de

+++ Metals pro Climate +++ Wettbewerbsfähigkeit der Industrie erhalten +++ Metals pro Climate +++ Seite 4

Energie

Debatte über neue Energie- und Klimaziele bis 2030 nimmt Fahrt auf

In Brüssel werfen die Europawahlen ihre Schatten voraus. Allen voran ist die Kommission bestrebt, in der Klima- und Energiepolitik die Weichen über die laufende Amtszeit hinaus zu stellen. Bereits im März 2013 hat sie mit der Vorlage eines Grünbuchs den Startschuss für eine Debatte über die EU-Klima- und Energiepolitik bis 2030 gegeben.
Fortsetzung auf Seite 2

REACH

REACH-Konsultation zu wichtigen Stoffen für die NE-Metallindustrie

Während der Sommerpause fand eine öffentliche Konsultation zur Aufnahme von feuerfesten (Zirconium-) Aluminiumsilikat-Keramikfasern als zukünftig zulassungspflichtigem Stoff statt. Diese Keramikfasern werden in der Dämmung von Hochtemperaturprozessen (Öfen) verwendet und sind damit wichtige Stoffe für die Metallindustrie.
Fortsetzung auf Seite 3

Umwelt

EU-Parlament verschärft Richtlinie über die Umweltverträglichkeitsprüfung

Das Plenum des Europäischen Parlaments hat Anfang Oktober 2013 einer Revision der Richtlinie über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten zugestimmt.
Fortsetzung auf Seite 2

Rohstoffe

EU-Handelsabkommen mit Kanada steht

EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso und der kanadische Premierminister Stephen Harper haben am 18. Oktober eine politische Einigung über die wesentlichen Elemente eines umfassenden Wirtschafts-und Handelsabkommens erreicht.
Fortsetzung auf Seite 3

Umwelt

Online-Konsultation zum EU-Aktionsplan für umweltfreundliche KMUs

Die Europäische Kommission arbeitet an einem „Aktionsplan für umweltfreundliche KMU“ und hat dazu eine öffentliche Konsultation der Interessenträger gestartet. Ziel der Online-Befragung ist es, Maßnahmen und Akteure ausfindig zu machen, die kleine und mittlere Unternehmen beim Thema Ressourceneffizienz unterstützen können.
Fortzsetzung auf Seite 3

Metalle pro Klima

Europäischer Industriedialog Brüssel - Berlin am 13. November in Berlin

Die Unternehmensinitiative Metalle pro Klima setzt die Veranstaltungsreihe Europäischer Industrie-Dialog Brüssel - Berlin fort mit einer Diskussion über Zielkonflikte, Herausforderungen, Risiken und Chancen zum Thema „Auswirkungen der Stoffpolitik auf die europäische Industriepolitik“.
Weitere Informationen zum Programm und zur Anmeldung unter www.metalleproklima.de

Veranstaltungshinweis

Metals meet Politics

Die Unternehmensinitiative Metalle pro Klima veranstaltet in Kooperation mit dem Nickel Institute am 4. Dezember einen industriepolitischer Dialog mit Repräsentanten aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu den Themen Risikowahrnehmung aus Sicht von Industrie und Gesellschaft, Deutschland und Europa – Wohin des Weges? sowie Leitvorstellungen von Politik und Gesellschaft zur gesellschaftlichen Orientierung.

Weitere Informationen zum Programm und zur Anmeldung unter www.metalleproklima.de

Brüssel-Termine

05.12.2013
Tagung des Rates für Transport

12.12.2013
Tagung des Rates für Energie

13.12.2013
Tagung des Rates für Umwelt

19.-20.12.2013
Tagung des Europäischen Rates

IMPRESSUM *Herausgeber:* WVM, WirtschaftsVereinigung Metalle, Wallstraße 58/59, 10179 Berlin, Tel.: +49 30 726207-1 00, E-Mail: info@wvmetalle.de, *Verantwortlich für den Inhalt:* Martin Kneer, *Koordination:* Rolf Kuby, Europabüro, Sämtliche Rechte bei der WVM

Energie

Debatte über neue Energie- und Klimaziele bis 2030 nimmt Fahrt auf

Nach Auswertung der öffentlichen Konsultation scheint ein neues CO_2-Reduktionsziel für 2030 weitgehend Konsens zu sein, nicht aber dessen Höhe. Uneinigkeit herrscht bei der Frage, ob es auch wieder europäische Ziele für den Ausbau erneuerbarer Energien und für die Steigerung der Energieeffizienz geben soll. Hier haben sich BDI und WVM klar für eine Zielhierarchie mit dem Emissionshandel als Leitinstrument ausgesprochen, um die Zielkonflikte und Ineffizienzen als Folge der Überschneidungen abzubauen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Industrie weniger zu belasten.
Das Grünbuch enthält noch keine konkreten Vorschläge für neue Ziele, allerdings stehen 40 Prozent CO_2-Reduktion und 30 Prozent erneuerbare Energien bis 2030 im Raum. Die EU-Kommission hat angekündigt, bis Ende 2013 konkretere Überlegungen vorzulegen. Noch ist offen, ob dies bereits Gesetzgebungsvorschläge oder Mitteilungen sein werden. Das Europäische Parlament wird bis Ende Oktober einen Bericht zum Grünbuch vorlegen. Die Abstimmung über die Entschließung ist in den Ausschüssen für Januar 2014 und im Plenum für Februar 2014 geplant. Bislang zeichnet sich keine einheitliche Linie ab.
Auch im Rat herrscht keine einheitliche Auffassung. Während einige Mitgliedstaaten die Zielvorgaben der Kommission unterstützen, möchte Polen ein neues CO_2-Reduktionsziel der EU nur unter der Bedingung vereinbaren, dass 2015 ein internationales Klimaschutzabkommen geschlossen wird. Die Bundesregierung hat sich noch nicht festgelegt. Jüngste Äußerungen der Bundeskanzlerin versprechen Unterstützung für ein europäisches Klimaschutzziel bis 2030. Dies ist folgerichtig, findet aber nur unsere Unterstützung, wenn die Entlastungsinstrumente für die NE-Metallindustrie (kostenfreie Zuteilung und Ausgleich indirekter CO_2-Kosten im Strompreis) erhalten bleiben und die europäischen Ziele in eine globale Politik eingebunden werden.

Ansprechpartner in der WVM: Dr. Michael Niese, Tel.: +49 30 726207-1182, E-Mail: Niese@wvmetalle.de

Umwelt

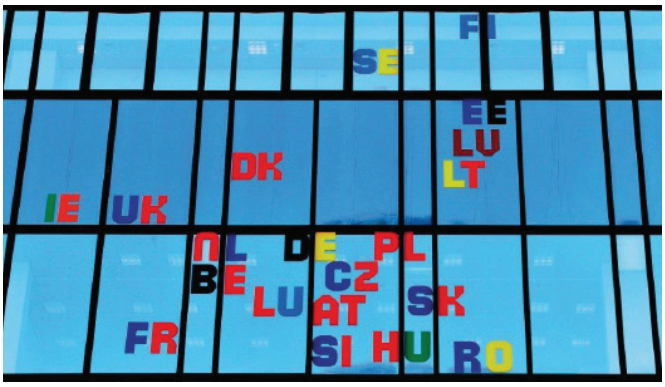
EU-Parlament verschärft Richtlinie über die Umweltverträglichkeitsprüfung

Das Plenum des Europäischen Parlaments hat Anfang Oktober 2013 einer Revision der Richtlinie über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten zugestimmt. Im Juli 2013 stimmte der Umweltausschusses des Europäischen Parlaments über den Berichtsentwurf und rund 500 Änderungsanträge ab. Die Folge: das UVP-Verfahren verschlechterte sich zu Lasten der Unternehmen. Das Plenum des Europäischen Parlaments beschloß den Bericht und die Änderungsanträge und erteilte dem Berichterstatter Andrea Zanoni ein Mandat für direkte Verhandlungen mit dem Rat.
Der Umweltausschuss verschärfte den Vorschlag der Kommission. Das Plenum des Europäischen Parlaments schloss sich dem, wenn auch nur mit knapper Mehrheit, im Wesentlichen an. Dadurch kämen auf die Projektträger zahlreiche neue Pflichten zu. Das Ziel, das UVP-Verfahren zu beschleunigen, würde mit einem derartig erweiterten Umfang der Umweltverträglichkeitsprüfung klar verfehlt.
Der ursprüngliche Entwurf der Kommission setzte auf eine umfassende Normierung der Verfahrensschritte, die bislang im nationalen Recht verankert sind. Er sah Informationsverpflichtungen insbesondere bei der Prüfung, ob eine UVP-Pflicht vorliegt, vor. Eine Ergänzung der zu prüfenden Umweltfaktoren ist weiterhin beabsichtigt. Die Qualität der UVP soll durch die verpflichtende Einbeziehung akkreditierter Gutachter weiter verbessert werden. Weiche Faktoren wie Klimawandel, Biodiversität und Energieeffizienz werden in die UVP einbezogen. Diese Vorschläge trafen auf die Kritik der Wirtschaftsverbände inklusive der WVM.
Die Richtlinie über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) legt Prüfkriterien fest, die fester Bestandteil eines jeden Genehmigungsverfahrens für öffentliche oder private Bauvorhaben oder vergleichbare Projekte sind. Durch die Richtlinienrevision sollen Mindeststandards festgelegt werden, die sicherstellen, dass Auswirkungen von Investitionen auf Umwelt, Klima und biologische Vielfalt in Entscheidungen und Genehmigungen noch stärker als bislang einbezogen werden. Der im Oktober 2012 von der EU-Kommission vorgelegte Revisionsvorschlag hatte grundsätzlich zum Ziel, die in einigen Mitgliedsstaaten mangelhafte Umsetzung und Anwendung der UVP-Richtlinie zu verbessern. Bislang stehen etwa zwölf Prozent aller durch die Kommission angestrengten Vertragsverletzungsverfahren in Bezug zur UVP-Richtlinie.

Ansprechpartner in der WVM: Daniel Quantz, Tel.: +49 30 726207-181, E-Mail: Quantz@wvmetalle.de

Umwelt

Online-Konsultation zum EU-Aktionsplan für umweltfreundliche KMUs



Die EU-Kommission arbeitet an einem „Aktionsplan für umweltfreundliche KMU“ und hat dazu eine öffentliche Konsultation der Interessenträger gestartet. Ziel der Online-Befragung ist es, Maßnahmen und Akteure ausfindig zu machen, die kleine und mittlere Unternehmen beim Thema Ressourceneffizienz unterstützen können. Dies beinhaltet die Steigerung der Energieeffizienz und die Nutzung erneuerbarer Energien ebenso wie den nachhaltigen Gebrauch von Wasser und von Rohstoffen und das Abfallmanagement. Das Ziel der Kommission ist es den KMUs zu helfen, die Ressourceneffizienz zu steigern und neue Märkte für „grüne“ Produkte und Dienstleistungen weltweit besser zu erschließen. Der Aktionsplan ist Teil der Europa 2020-Strategie für ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum. Bis zum 12. Dezember 2013 können sich alle Interessierten an der Konsultation beteiligen.

Ansprechpartner in der WVM: Rolf Kuby, Tel.: +32 2 5021988, E-Mail: Kuby@wvmetalle.de

REACH

REACH-Konsultation zu wichtigen Stoffen für die NE-Metallindustrie

Im Rahmen einer vorgeschalteten öffentlichen Konsultation kann die betroffene Industrie darstellen, dass von den Stoffen ein geringeres Risiko ausgeht als angenommen. Ferner können die Betroffenheit generell und auch Aspekte wie mangelnde Substitutionsmöglichkeit oder entstehende Zielkonflikte dargestellt werden. Die Keramikfasern sind in einigen Bereichen der Metallindustrie unersetzlich, da mit ihnen eine wesentlich bessere Dämmung von Öfen als mit anderen Materialien erreicht werden kann. Ein Wegfall der Dämmung mit diesen Materialien würde zu einem höheren Verbrauch an Energie und damit verbunden einem höheren CO_2-Ausstoß führen. Diese Aspekte wurden auf Initiative von Eurometaux mit den Herstellern der Fasern und betroffenen Unternehmen zusammen getragen und als Position der europäischen NE-Metallindustrie in die öffentliche Konsultation eingebracht. Koordiniert über die WVM beteiligten sich auch deutsche Unternehmen an der Meinungsbildung. Sollten feuerfeste (Zirconium-) Aluminiumsilikat-Keramikfasern tatsächlich zulassungspflichtig werden, so wäre ihre Verwendung zukünftig nur noch mit einer Zulassung durch die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) erlaubt.

Ansprechpartner in der WVM: Dorothea Steiger, Tel.: +49 30 726207-138, E-Mail: Steiger@wvmetalle.de

Rohstoffe

EU-Handelsabkommen mit Kanada steht

Mit dem ersten Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Kanada hat die Kommission einen Meilenstein in der Schaffung von Handelsmärkten erreicht. Das Abkommen wird für Unternehmen in der Europäischen Union und in Kanada neue Chancen eröffnen, indem es den Marktzugang für Waren und Dienstleistungen verbessert und neue Möglichkeiten für europäische Investoren schafft. Es wird die Basis sein, um stärker auf dem nordamerikanischen Markt Fuß zu fassen und so Wachstum in Europa anzukurbeln und neue Jobs zu schaffen. Die Europäische Kommission erwartet, dass durch das Abkommen die Wirtschaftsleistung der Europäischen Union jährlich um rund 12 Milliarden Euro steigen wird. Dieser Durchbruch ist die Grundlage, um die Verhandlungen fortzusetzen und die verbliebenen technischen Fragen zu lösen. Anschließend müssen der Ministerrat und das Europäische Parlament dem Abkommen noch zustimmen.

Ansprechpartner in der WVM: Franziska Erdle, Tel.: +49 30 726207-107, E-Mail: Erdle@wvmetalle.de

Metals pro Climate

Wettbewerbsfähigkeit der NE-Metallindustrie in Europa erhalten

Unter der Schirmherrschaft des bulgarischen Europaabgeordneten Prof. Dr. Vladko Panayotov fand am 2. Oktober das von der Unternehmensinitiative Metalle pro Klima veranstaltete Lunch-Event „Meeting Europe's challenges: innovative solutions to create a sustainable value chain for raw materials" in Brüssel statt. Auf Einladung von Metalle pro Klima, Eurometaux und dem Nickel Institute waren Abgeordnete des EU-Parlaments, sowie Kommissions- und Ratsoffizielle zur Diskussion mit Industrievertretern eingeladen. Für die NE-Metallindustrie sprachen Peter Willbrandt, Vorstandsvorsitzender der Aurubis AG und Dr. Veronique Steukers, Director H&E Public Policy, Nickel Institute unter anderem mit Flor Diaz Pulido, Europäische Kommission, Generaldirektion Unternehmen Rohstoffe, Metalle, Mineralien und holzverarbeitende Industrien.

v.l.n.r.: gastgebender Europaabgeordneter Vladko Todorov Panayotov (ALDE), Peter Willbrandt, Vorstandsvorsitzender der Aurubis AG, Flor Diaz Pulido, EU-Kommission Generaldirektion Unternehmen Rohstoffe, Metalle, Mineralien und holzverarbeitende Industrien

Der Vorschlag der Europäischen Kommission für eine „European Innovation Partnership on Raw Materials" (EIP on RM) trifft auf breite Nachfrage bei der Industrie, die sich für mehr Forschung und Innovation einsetzt. Schwerpunktthemen sind hier die Erschließung, der Abbau, die Verarbeitung, das Recycling und die Substituierung von relevanten Rohstoffen, um die steigenden Herausforderungen anzugehen.

Das Panel diskutierte mit den in großer Zahl erschienen Teilnehmern aus Politik, Wirtschaft und NGOs zahlreiche Punkte zum Themenfeld Innovation und Nachhaltigkeit in der Rohstoffindustrie. Hierzu zählte das EIP on RM sowie die Frage, wie eine nachhaltige Lieferkette gewährleistet werden kann. Ein anderer Schwerpunkt war die Fragestellung, wie Produktionsprozesse in der Rohstoffindustrie effizienter und mit nachhaltigerem Abbau von Rohstoffen zu realisieren sein wird. Seitens der Industrie, aber auch der Politik, wurde zudem intensiv diskutiert, wie trotz der weltweit hohen gesetzgeberischen Belastungen für in Europa produzierende Unternehmen ein internationales Level Playing Field hergestellt werden kann. Steuern auf Rohstoffe sind nach Meinung zahlreicher Diskutanten kein effizientes Mittel, da sie die Materialkosten weiter anheben sowie die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie international zeitgleich deutlich verringern würden.

Auch das Abfall-Management muss verbessert werden, um die Potenziale des Recycling noch besser als bisher ausschöpfen zu können. Trotz der hohen Bedeutung des Themas wäre ein zwangsweiser recycelter Anteil an Produkten der falsche Weg, da dies seltene und knappe Sekundärrohmaterialien unter Umständen zwangsweise dorthin umleiten würde, wo ein Recycling bisher noch nicht möglich wäre. Vielmehr müsse die Abfallkette nachhaltig gestaltet werden, um das Recycling unter ökologischen und Effizienzgesichtspunkten zu optimieren. Vorschläge für eine stärkere Zertifizierung der Recyclingwertschöpfungskette werden zurzeit bei der Kommission diskutiert.

Das von Prof. Dr. Vladko Panayotov gezogene Fazit der Veranstaltung war, dass eine enge Verbindung zwischen der so genannten „grauen" und „grünen" Industrie bestehe. Die „grüne" Industrie benötigt die Rohstoffe der „grauen" Industrie, ohne die Energiewende, Ressourceneffizienz und eine gesunde industrielle Basis in Europa nicht möglich wäre. Daher ist die Industrie in Europa nicht Teil des Problems, sondern Teil der Lösung. Die Schaffung attraktiver Rahmenbedingungen, um diese industrielle Basis mit ihren Arbeitsplätzen trotz international starken Wettbewerbs zu halten, ist daher die herausragende Priorität für Europa.

Ansprechpartner in der WVM: Melanie Dillenberg, Robert Hanslmeier, Tel.: +49 30 726207-102, E-Mail: Dillenberg@wvmetalle.de

Industrievertreter Heribert Hauck, TRIMET Aluminium SE

Das roundtable-Event im Europa-Parlament in Brüssel